

Bad Wiesseer Kreis – Jahrestagung 2004

„Forschung, Entwicklung und Technologietransfer an Fachhochschulen“

20. bis 23. Mai 2004

Sieben Thesen zur Forschung an Fachhochschulen

Gerd Köhler, GEW

Der Zeitpunkt für die Diskussion des Bad Wiesseer Kreises über „Forschung, Entwicklung und Technologietransfer an Fachhochschulen“ ist gut gewählt: Auf europäischer Ebene wird über die Rolle der Hochschulen im Europa des Wissens nachgedacht, die Bundesregierung arbeitet an neuen Konzepten zur Förderung von Innovationen. Es ist etwas in Bewegung gekommen. Mit eigenen Vorschlägen könnten die Fachhochschulen diese Entwicklungen mitgestalten. Die gewerkschaftlichen Positionen zur Forschung in Fachhochschulen will ich in sieben Thesen darstellen.

These 1

Mit der im März 2000 von den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten und der Europäischen Kommission beschlossenen **Lissabon-Strategie** sind wesentliche Rahmendaten für die künftige Hochschul- und Forschungspolitik in Europa gesetzt worden: Die EU soll bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden – „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Es soll ein „**europäischer Forschungsraum**“ geschaffen werden. Um die weitgesteckten Ziele einlösen zu können, verpflichten sich die EU-Mitgliedsstaaten bis 2010 **3% des Bruttosozialproduktes für Forschung und Entwicklung** zur Verfügung zu stellen. 700.000 zusätzliche forschungsqualifizierte Arbeitskräfte werden benötigt, um die wissensbasierte Ökonomie verwirklichen zu können, heißt es in dem Kommissionspapier „**Forscher im europäischen Forschungsraum**“. Diese strategischen Zielsetzungen verstärken den Veränderungsdruck, sie sind zugleich Chance und Gefahr für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Europa. Diese müssen aktiver werden, wenn sie nicht Objekte sondern gestaltende Subjekte dieses Prozesses werden wollen.

These 2

Durch eine engere **Verzahnung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung** sollen die **Wertschöpfungsketten** genauso verkürzt werden wie durch eine **engere Ab-**

stimmung zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt. So sollen Vorteile im globalen Wettbewerb erreicht werden. Durch eine **Europäisierung** sollen darüber hinaus die **Kleinteiligkeiten der nationalen Hochschul- und Forschungspolitiken** überwunden werden. Große Forschungsvorhaben sollen durch übernationale – vorwettbewerbliche Forschungsförderungsprogramme ermöglicht werden („Precompetitive applied basic research“). Hier gewinnt die europäische Ebene eine neue Bedeutung gegenüber der nationalen und der Länderebene in Deutschland. Vor diesem Hintergrund wirken Positionen in der deutschen Föderalismus-Debatte anachronistisch, die die Forschungsförderung auf Länderebene zu Lasten der überregionalen Ebenen verlagern wollen.

These 3

Der **Bologna-Prozess** kennt das **binäre System** der hierarchischen Abschottung von Fachhochschulen und Universitäten nicht mehr. Die **konsekutiven Studienstrukturen** von Bachelor- und Master-Studiengängen bieten die Möglichkeit eines einheitlichen, in sich **differenzierten Tertiären Bereichs**. Diese Differenzierung wird dann von uns unterstützt, wenn sie diskriminierungsfrei ist, wenn sie die grundsätzliche **Durchlässigkeit** zwischen allen Studiengängen zulässt. Nur dann werden sich auch die Studierenden auf die Veränderungen einlassen. Wer ihnen durch **Quote oder Note** den Zugang zum Master, zum Weiterlernen verbauen will, stellt das neue System grundsätzlich infrage. **Soziale Selektion** stünde im Vordergrund, nicht die Erschließung neuer Qualifikationspotentiale. Der Arbeitsmarkt wird **neue Segmentierungen** nicht akzeptieren können, wenn eine flexible Abstimmung zwischen Studium und Beruf, zwischen Erstausbildung und Weiterbildung erreicht werden soll. Das gewerkschaftliche Konzept heißt deswegen **Differenzierung und Durchlässigkeit**.

These 4

Die Wissensgesellschaft verlangt, die in Deutschland besonders scharf gezogene **institutionelle Trennung von Grundlagen-, Groß- und angewandter Forschung** zu überprüfen. Der Wissenschafts-Rat hat dieses in seinen zu wenig debattierten Empfehlungen zur **strategischen Forschungsförderung** begonnen. Neue Formen der **Kooperation** zwischen den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und den Hochschulen müssen entwickelt, Teile der herausverlagerten Forschung in die Hochschulen reintegriert werden. Das **Forschungspotential der Universitäten und der Fachhochschulen** muss intensiver genutzt, kreativitäts- und leistungsfördernde Arbeitsbedingungen für das Forschungspersonal müssen geschaffen werden. **Hochschul- und Forschungsverbände**, heute spricht man von **Clustern**, müssen entstehen, sie müssen die **Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Unternehmen** mit einbeziehen.

These 5

Dabei muss die **Eigenständigkeit** der wissenschaftlichen Arbeit gewährleistet sein. Autonomie darf nicht heißen, seine Seele rechenschaftsfrei verkaufen zu können. **Nicht Markt und Mode** sollen die Schwerpunkte, Inhalte und Ergebnisse der Forschung bestimmen, das muss die Wissenschaft selbst und durch transparente **Kooperationsvereinbarungen** mit den Drittmittelgebern selbst regeln. Sie muss **Querdenkern** und (noch) nicht marktgängigen Forschungsvorhaben genügend Platz einräumen, um sich entfalten zu können. **Innovationen** werden selten durch die **herrschende Lehre** („Mainstreamism“) hervorgebracht. Dieses muss bei der **leistungsorientierten Mittelvergabe** genauso wie bei der **Programmförderung** beachtet werden. Die Fachhochschulen sollten **Forschungspools** einrichten, um ihre Möglichkeiten zur Einwerbung von Drittmitteln zu verbessern.

These 6

Eine zentrale Rolle spielt dabei das **Personalmanagement**, das gilt insbesondere für die Förderung **jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler**. Die Hochschulen müssen ihnen **attraktivere Arbeitsbedingungen** und **berufliche Perspektiven** anbieten, wenn ihre Auswanderung aus den Hochschulen in die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen oder ins Ausland gestoppt werden soll. Das Bologna-Konzept, die Promotion als **3. Phase des Studiums** (Studierendenstatus und Stipendienregelungen) wird in der Konsequenz die Trennung von Forschung und **Lehrhochschulen** zur Folge haben. Die GEW spricht sich dafür aus, die Promotion als **1. Phase der wissenschaftlichen Arbeit** zu verstehen. Die DoktorandInnen sollen als wissenschaftliche MitarbeiterInnen und damit eingebunden in die Hochschulselbstverwaltung, vergütet wie HochschulabsolventInnen, ihre wissenschaftliche Arbeit auf der Basis von befristeten Arbeits- und/oder Promotionsverträgen leisten. Die Skandinavier oder auch die Niederländer zeigen, wie man so etwas machen kann. Durch Graduiertenzentren oder Research Schools sollen die DoktorandInnen unterstützt werden. Solche Einrichtungen müssen zwischen den Forschungsorganisationen und den Hochschulen vereinbart werden. In diese Verbünde müssen die Fachhochschulen mit einbezogen werden. Die **Forschungsinstitute** sind auf diesen wissenschaftlichen Nachwuchs angewiesen. Sie können in der Regel **bessere Arbeitsbedingungen** als die Hochschulen anbieten. Diese Wettbewerbssituation sollten die Hochschulen bei der Diskussion über **tarifvertragliche Regelungen** für die Beschäftigten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen bedenken.

These 7

Die **OECD** hat Anfang der 90er Jahre die Diskussion über die Neuordnung des Verhältnisses von Hochschule und Forschung mit dem Papier „**Redifining Tertiary Education**“ angestoßen. Konsequenzen sind danach mit der Abschaffung der **Polytechnics** in Großbritannien gezogen worden. Heute erproben die Niederländer neue Formen der Kooperation z.B. zwischen der Freien Universität und der Hogeschoole in **Amsterdam**. In Belgien bilden Universitäten und Hogeschoolen „**Asociaties**“, um Studiengänge gemeinsam planen und anbieten zu können. Sie schaffen darüber hinaus einen neuen institutionellen Rahmen für **Forschungskooperationen**. Die GEW unterstützt die Einrichtung einer **Bologna-Universität in Lüneburg**. Sie könnte – materiell adäquat ausgestattet – neue Hochschulperspektiven aufzeigen, wenn sie die unproduktiven institutionellen Verkrustungen und Abschaffungen zwischen Fachhochschulen und Universitäten aufheben und damit unproduktive Konkurrenz vermeiden könnte. Es wird Zeit, sich mit diesen Konsequenzen des „Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes“ zu befassen.

Die GEW wird das in ihrer diesjährigen **Sommerschule** tun.

Bad Wiessee, 23. Mai 2004